

Energiepolitik – Situationsanalyse

Nach meinen Kontakten und den Reaktionen beim Sammeln von Unterschriften für das Referendum zum Energiegesetz kann man die Bürger unseres Landes in die folgenden Gruppen aufteilen:

Die Informierten, die Gleichgültigen, die Atomgeängstigten und die Einkassierer.

Die Informierten stellen nach rationaler Überlegung fest, dass diese Energiepolitik unrealistisch ist und in die Sackgasse führt, und das Volk zumindest darüber abstimmen muss. Sie haben das Referendum bereits unterschrieben, oder unterschreiben rasch, sammeln selbst Unterschriften. Ob ein Versprechen, man werde unterschreiben dann effektiv eingehalten wird, ist nicht sicher. Das Referendum-Prozedere ist nicht ganz einfach, vor allem wenn man noch nie ein Referendum unterschrieben hat. Man schreckt mal zurück, schiebt es auf die lange Bank, vergisst es über die Festtage, stellt fest, dass man da gar Porto bezahlen muss.... und die Frist läuft ab. Die Gruppe der Informierten kann nicht sehr gross sein. Die etwaige Grösse wird an der Zahl der Referendumsunterstützer festzustellen sein.

Die Gleichgültigen oder Uninformierten (Vorsicht: ich nenne sie mal so!). Interessieren sich nicht gross für Politik. Vertrauen primär mal den Behörden. Wissen nicht wie das geht mit einem Referendum. Wenn man mit ihnen persönlich spricht und geduldig die Probleme und die Konsequenzen dieses Energiegesetzes aufzeigt, aber nur dann, sind sie meist bereit, das Referendum zu unterschreiben. Diese Gruppe muss recht gross sein. Ich schätze, dass sie - nach entsprechender Information - zusammen mit der Gruppe der Informierten die Initiative für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie verworfen hat (und auch frühere Atomverbotsinitiativen).

Die Atomgeängstigten. Ihnen sitzt die Angst von "Tschernobyl", "Fukushima", vor Strahlen im Nacken. Stehen dem Problem voll emotionalisiert gegenüber, nüchternen, rationalen Überlegungen unzugänglich. Sie ignorieren, dass die beiden Atomunfälle durch unglaubliche Nachlässigkeit entstanden. Halten eine technische Weiterentwicklung und eine stets noch höhere Sicherheit für unmöglich. Unterstützen ungeprüft jede Massnahme, welche den Atomausstieg (vermeintlich) beschleunigen könnte, koste es was es wolle, auch mit Ausschaltung der Demokratie. Nehmen eine Zerstörung der Landschaft und die Tötung von Tieren bis zur Ausrottung von Arten in Kauf. Und sie werden konsequenterweise auch die höhere Besteuerung von Strom, Benzin, Öl befürworten, oder das rasche Verbot von Ölheizungen. Hoffen auf Erdwärme, oder Gezeitenkraftwerke. Diskussion unmöglich, wird verweigert, weil Ideologiegetrieben. Die Unterschrift zum Referendum wird strikte verweigert.

Die Einkassierer. Legen sich für die "Erneuerbaren" ins Zeug. In dieser Gruppe finden sich u.a. einige in der Linken heimische Parlamentarier mit schon sehr früh gegründeten Unternehmungen oder Beratungen für den Bau von "Erneuerbaren". Die Gruppe der in diesem Geschäft Tätigen wächst stark. Hinzu kommen da die Bauern und Landbesitzer, welche hohe Konzessionen kassieren. Die veranschlagten 200 Milliarden müssen irgendwohin fliessen! Ein kleiner Teil geht ins Ausland, für Rohstoffgewinnung (grossflächige Gewinnung Seltener Erden und Metalle) und Produktion/Herstellung von Windturbinen und Fotovoltaikanlagen. Viele wittern Einkommen, Umsatz und Gewinn, langjährig staatlich sichergestellt. Energiekonzerne gruppieren um, "Erneuerbare" in separate Konzerneinheiten zwecks Sicherstellung der Gewinne (Beispiel Axpo). Versuch, Unterschrift für das Referendum einzuholen ist zwecklos. Man sägt nicht am Ast, auf dem man sitzt oder bald zu sitzen hofft. Diese Gruppe und die Gruppe der Atomgeängstigten haben zusammen inzwischen etwa 40 % der Abstimmenden erreicht.

Die Vertreter der Landschafts- und Naturschutzorganisationen schwanken ambivalent durch alle vier Personengruppen.

In Bundesrat und Parlament jedoch ist die Gruppe der Atomgeängstigten und Einkassierer inzwischen zur Mehrheit aufgestiegen. Ja, beabsichtigen, diese Energiestrategie gar ohne Zustimmung des Volkes zu realisieren. Investition von 200 Milliarden, Einführung einer staatlichen Planwirtschaft im Energiesektor.